

Organstreitverfahren



A) Zulässigkeit

I. Zuständigkeit des BVerfG

Art. 93 I Nr. 1 GG, §§ 13 Nr. 5, 63 ff. BVerfGG

II. Beteiligtenfähigkeit

Bundespräsident, Bundestag, Bundesrat, Bundesregierung

1. Antragssteller

andere Beteiligte (z.B. einzelne Abgeordnete)

2. Antragsgegner

(Art. 93 I Nr. 1 GG, § 63 BVerfGG)

III. Streitgegenstand

Maßnahme oder Unterlassung des Antragsgegners

IV. Antragsbefugnis /

Klarstellungsinteresse

wenn das Verhalten des Antragsgegners geeignet ist, ihn in seinen durch das GG übertragenen Rechten und Pflichten zu verletzen oder unmittelbar zu gefährden (§ 64 I BVerfGG). Möglichkeit reicht aus.

V. Form und Frist

§ 23 I 1 BVerfGG schriftlich, § 64 II-IV BVerfGG

B) Begründetheit

Verstoß der rechtserheblichen Maßnahme gegen das GG

B) Begründetheit

„Der Antrag ist begründet, wenn die gerügte Maßnahme oder Unterlassung des Antragsgegners die verfassungsmäßigen Rechte und Pflichten des Antragstellers verletzt oder unmittelbar gefährdet (§ 64 I BVerfGG).“